



PRESSEAUSSENDUNG

Umweltdachverband zum Energie- und Klimaplan des CCCA: Handeln statt Wegschauen – Klimaschutz braucht endlich Taten!

- Appell an Politik: Vorlage der KlimawissenschaftlerInnen ernst nehmen und umsetzen
- Halbierung des Energieverbrauchs ernsthaft betreiben
- Umfassende ökosoziale Steuerreform macht Österreich klima- und zukunftsfit

Wien, 02.07.19 (UWD) Das Climate Change Center Austria (CCCA) hat einen alternativen Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) vorgelegt, der zeigt, was notwendig ist, um die europäischen Klimaziele zu erreichen und wie Klimaschutz und Klimawandelanpassung gelingen können. „Die Politik muss diesen Aufschlag ernst nehmen, denn der bisherige Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP) ist extrem karg und würde zu Strafzahlungen von vielen Milliarden Euro führen. Die äußerst kritische Rückmeldung der EU-Kommission vom 18. Juni zum Entwurf des NEKP bestätigt die Position des Umweltdachverbandes und zeigt: Die Zeit drängt! Bis Ende des Jahres muss der finale, fundamental nachgebesserte NEKP nach Brüssel geschickt werden! UWD und Forum Wissenschaft & Umwelt appellieren an die Politik: „Nutzen Sie diese exzellente Vorlage und setzen Sie sie um – die Zeit zu handeln ist genau jetzt“, sagt Reinhold Christian, Vizepräsident des Umweltdachverbandes.

Energiesparprogramm, Mobilitätswende & Abbau umweltschädlicher Subventionen

„Der Schlüssel zum Klimaschutz liegt in einer drastischen Reduktion des Energieverbrauchs, um eine Vollversorgung mit Erneuerbaren zu schaffen – nur so kann der Ausstieg aus den fossilen Energien noch einigermaßen rechtzeitig gelingen“, so Christian. Erneuerbare Energien gilt es naturverträglich auszubauen, der Naturschutz insgesamt muss gestärkt werden. Zudem braucht es ein ehrgeiziges Energiesparprogramm und eine umfassende Mobilitätswende. „Wir fordern dazu eine echte ökologische Steuerreform, die klimaschützendes Verhalten belohnt und fossile Energien ausbremst. Eine aufkommensneutrale Steuer auf Energie und CO₂ muss 2020 implementiert werden, um die österreichische Klimapolitik auf Nachhaltigkeitskurs zu bringen. Umweltschädliche Subventionen müssen radikal abgebaut werden – insgesamt geht es dabei um an die 5 Mrd. Euro pro Jahr! – Mittel, die die sozial- und umweltverträgliche Energiewende stützen könnten. Auch die Rechtslage muss dem Klimaschutz dienen – von Baunormen über Mietrecht, Gewerbeordnung, Raumordnung und Verkehrsrecht bis zur Kostenwahrheit durch die Ökosteuer besteht Regelungsbedarf. Die Politik muss endlich raus aus der Klimasackgasse – Wegschauen ist brandgefährlich und kommt uns teuer zu stehen, konkrete Taten sind Pflicht!“, sagt Christian, und abschließend: „Wir setzen große Hoffnungen in die aktuelle Bundesregierung, dass sie mit Sachverstand, Engagement und Professionalität die Weichen für Klimaschutz und eine naturverträgliche Energiewende stellt.“

Rückfragehinweis:

Dr.ⁱⁿ Sylvia Steinbauer, Öffentlichkeitsarbeit Umweltdachverband, Tel. 01/40 113-21,
E-Mail: sylvia.steinbauer@umweltdachverband.at, www.umweltdachverband.at